

Modellregion OWL

Gesetze, die Industrie und Wirtschaft stören, sollen für Ostwestfalen-Lippe außer Kraft gesetzt werden!

z.B. Gesetze, die Arbeiter, Angestellte, Kleinbetriebe und Umwelt schützen

Bald für ganz Deutschland?!

Bild: Andreas Frücht



Das bedeutet...

nachhaltig mehr Umwelt- und Naturzerstörung

nachhaltig mehr Arbeitslose und Arme

nachhaltig mehr Gewinne für Großunternehmen und Konzerne

nachhaltig mehr steuerfreies Geld für Multimillionäre

nachhaltig weniger Geld für öffentliche Aufgaben

nachhaltig weniger Demokratie

Das Modell OWL

heißt Vorrang für Großkonzerne statt Allgemeinwohl

Wir fordern von den Politikern:

Erhaltet die sozialen Sicherungssysteme!

Erhaltet Natur und Umwelt!

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland < BUND >

BUND-Regionalgruppe Detmold

Keine Sonderrechte für Unternehmer in OWL

Seit Anfang des Jahres 2003 wird das Projekt „Modellregion Ostwestfalen-Lippe“ diskutiert.

Um Zustimmung für dieses Vorhaben zu bekommen, erklärt die OWL-Marketing-Gesellschaft, in der die Landräte der 7 OWL-Kreise und Vertreter der Wirtschaftsverbände eine wichtige Rolle spielen, es gehe um Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung. Was sie wirklich meinen, wird aber dadurch klargestellt, dass **nur von wirtschaftsnaher und nicht von bürgernahe Verwaltung** die Rede ist. Sie sagen „**Die Wirtschaft soll mehr Luft zum Atmen bekommen.**“

Sie wollen Genehmigungsverfahren erleichtern, bzw. verkürzen, staatliche Kontrollen aussetzen und Genehmigungsvoraussetzungen, die den Umwelt-, Arbeits- Sozialbereich betreffen, abschaffen.

Ministerpräsident Steinbrück hat das geplante Vorgehen im Landtag so erläutert, dass für OWL Vorschriften, die hemmend wirken, gezielt außer Kraft gesetzt werden sollen.

Der Öffentlichkeit wird suggeriert, dass ein Wirtschaftsaufschwung, der Arbeitsplätze bringt, entstehen würde. Dabei wird die Vorstellung vermittelt, dass die Interessen von Wirtschaftsunternehmen identisch sind mit dem Wohl der Allgemeinheit.

Es sind jedoch die geltenden Gesetze im Umwelt- und Verfahrensrecht wie auch im Arbeits- und Sozialrecht, die am Wohl der Allgemeinheit orientiert sind und politische Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessengruppen beinhalten. Unter dem Deckmantel des Abbaus bürokratischer Mißstände werden Rechtsvorschriften außer Kraft gesetzt, weil sie von Wirtschaftsvertretern als störend empfunden werden.

Staatskanzleichef Kuschke machte dazu folgende aufschlußreiche Angaben:

- Man wolle vom Leichten zum Schweren gehen; d. h. als erstes die Außerkraftsetzung von Verordnungen und Gesetzen erproben, die in der alleinigen Zuständigkeit des Landes liegen.
- Dabei sollen neue Ideen auch während des laufenden Prozesses eingespeist werden können.
- In einer weiteren Phase soll der Abbau von bürokratischen Vorschriften im Arbeits- und Sozialrecht getestet werden, wo die Kompetenzen beim Bund liegen.

Landtag und Bundestag sollen also beschließen, dass nach den Wünschen der Wirtschaftsunternehmen für OWL beliebig Verordnungen und Gesetze außer Kraft zu setzen sind.

Irreführend wird hier von Erprobung gesprochen. Wenn erst mal Verordnungen und Gesetze außer Kraft gesetzt sind, führt dies zu Rechtsverhältnissen, die bindend sind und als Folge des Gleichheitsgrundsatzes bundesweit Gültigkeit erlangen müssen. Schließlich heißt das Vorhaben ja auch Modell. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die für OWL geplanten Maßnahmen auf die gesamte Bundesrepublik übertragen werden sollen.

Angesichts der Tatsache,

1. dass die Zahl der Einkommensmillionäre und der Vermögensmilliardäre ständig wächst und die Leere in den öffentlichen Kassen vor allem auf Steuersenkungen gerade bei diesem Personenkreis zurückzuführen ist, und
 2. die wirtschaftliche Situation unter zu hohen Produktionskapazitäten – also Überproduktion – leidet,
- ist die Analyse, dass die Wirtschaft durch bürokratische, sozialpolitische und umweltbedingte Hemmnisse gelähmt wird, die zwecks Arbeitsplatzbeschaffung beseitigt werden müssten, schlicht falsch.**

Politischer Sinn dieser „Modellregion“ ist die weitere Selbstentmachtung der Politik in Deutschland zu Gunsten der uneingeschränkten Entscheidungsbefugnis der Wirtschaft. Der demokratische Staat mit der ihm obliegenden Aufgabe, die Schwachen vor den Starken zu schützen und als Aufgabe der Daseinsvorsorge Umweltbelange zu berücksichtigen, würde seine Funktionsfähigkeit weitgehend verlieren und schweren Schaden nehmen.

Rechtsvorschriften, die offensichtlich einen unsinnigen bürokratischen Aufwand beinhalten, sollten in einem ordnungsgemäßen parlamentarischen Verfahren beseitigt werden, und zwar für alle BürgerInnen.

Der BUND vertritt folgende Auffassung:

Die Interessen der Bevölkerung dürfen nicht wirtschaftlichen Belangen, denen fälschlich Allgemeinwohl unterstellt wird, zum Opfer fallen.

Die Politiker dürfen nicht von ihrer Pflicht entbunden werden, für die von der geschriebenen Verfassung festgelegten Prinzipien einzutreten und den Erhalt des demokratischen Rechtsstaates zu gewährleisten.

Der BUND appelliert an die aus OWL stammenden Abgeordneten in Landtag und Bundestag:

Treten Sie ein für die grundlegenden Prinzipien unseres demokratischen Rechtsstaates!

Verhindern Sie, dass Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Umwelt und der Schwächeren in der Gesellschaft außer Kraft gesetzt werden!

Der BUND appelliert an alle demokratischen Kräfte in OWL und in NRW:

Lassen Sie es nicht zu, dass Gesetze außer Kraft gesetzt werden, bloß weil die Betroffenen es wünschen. Die Grundlagen unserer Demokratie müssen erhalten bleiben.